



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

Sektion IV

Wirtschaftliche Koordination  
und verstaatlichte Unternehmungen  
1010 Wien, Annagasse 5

GZ 420.457/1-IV/2/84

Entwurf einer Novelle zum  
Energielenkungsgesetz 1982;  
Stellungnahme des Bundes-  
kanzleramtes

Tel. (0 22 2) 52 76 36/0

Sachbearbeiter

Dr. GRIMM

Klappe 306 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-906

DVR: 0000019

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anzuführen.

An das  
Präsidium des Nationalrates  
1010 W i e n

GESETZENTWURF	
17	-02/19-84
Datum: 27. MRZ. 1984	
1984-03-28	
F. Fromer	
St. Esterl	

Das Bundeskanzleramt - Sektion IV, Wirtschaftliche Koordination und verstaatlichte Unternehmungen, beehrt sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zu einem vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie übermittelten Entwurf einer Novelle zum Energielenkungsgesetz 1982 samt Erläuterungen zu übersenden.

Blg.

26. März 1984  
Für den Bundeskanzler:  
ZANT

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

Sektion IV

Wirtschaftliche Koordination  
und verstaatlichte Unternehmungen  
1010 Wien, Annagasse 5

Tel. (0 22 2) 52 76 36/0

Sachbearbeiter

Dr. GRIMM

Klappe 306 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-906

DVR: 0000019

GZ 420.457/1-IV/2/84

Entwurf einer Novelle zum  
Energielenkungsgesetz 1982;  
Stellungnahme des Bundes-  
kanzleramtes

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anzuführen.

An das

Bundesministerium für  
Handel, Gewerbe und Industrie

1010 W i e n

Das Bundeskanzleramt - Sektion IV, Wirtschaftliche Koordination und verstaatlichte Unternehmungen, nimmt zum Entwurf einer Novelle zum Energielenkungsgesetz 1982 wie folgt Stellung:

Aus der Sicht der Unternehmungen der verstaatlichten Industrie erscheint die Regelung äußerst problematisch, daß einzelne Stromverbraucher ohne weiteres Verfahren vom Strombezug ausgeschlossen oder zumindest beschränkt werden können. Diese Bestimmung ist insoferne unannehmbar, als es zu schweren, nicht wieder gut zu machenden Einschränkungen der Produktionsbetriebe käme. Dies wirkt umso schwerer, als eine Umstellung auf andere Energieträger weitgehend nicht möglich ist.

Es wird angeregt, die oben angeführte Bestimmung im Sinne dieser Ausführungen zu modifizieren und zumindest auf jene Produktionszweige besonders Bedacht zu nehmen, wo eine Unterbrechung der Stromversorgung irreperable oder unangemessene Folgen hätte wie dies z.B. bei der Alu-Elektrolyse der Fall wäre.

25 Exemplare der Stellungnahme wurden direkt dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

26. März 1984

Für den Bundeskanzler:

ZANT

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung: